

Die slowakischen Präsidentschafts- wahlen im April 2004

Sieger der jüngsten slowakischen Präsidentschaftswahlen, die in Form zweier Wahlgänge jeweils am 3. und 17. April des Jahres stattfanden, wurde zur Überraschung vieler der frühere Parlamentspräsident Ivan Gašparovič, der sich trotz gegenteiliger Vorhersagen sowohl gegen den lange als Favoriten gehandelten Eduard Kukan von der demokratisch-christlichen SDKÚ als auch gegen seinen politischen Ziehvater, den früheren Staatschef Vladimír Mečiar, durchzusetzen verstand. Die Wahl Gašparovičs, der unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses aus der vom ihm selbst gegründeten Bewegung für Demokratie (HZD) austrat, um Präsident aller Slowaken zu sein, wurde international bereits vorsichtig als Signal für eine Fortsetzung des liberalen Reformkurses gewertet, den das Land, das seit dem 1. Mai auch Mitglied der Europäischen Union ist, seit einiger Zeit verfolgt. Indes hält man sich im Ausland mit allzu optimistischen Prognosen hinsichtlich des künftigen politischen Weges des Neuen noch zurück – zu groß ist schließlich dessen Nähe zum früheren Ministerpräsidenten Mečiar, dessen Name innerhalb und außerhalb der Grenzen der Slowakei auf Misstrauen stößt und als dessen langjähriger Kronprinz und geistiger Erbe Gašparovič nach wie vor von vielen gesehen wird.

■ Executive Summary

On April 17, the second round of presidential elections in Slovakia ended in a surprisingly clear victory for a man who had originally been an outsider, Ivan Gašparovič. Having won 59,9 percent of the vote, the long-serving former Parliamentary President will take office on June 15 as the first president after Slovakia's accession to the EU. His opponent, the controversial former Prime Minister Vladimír Mečiar, gained no more than 40,1 percent of the vote. In the first round on April 3, Gašparovič, underestimated by virtually all experts, won by a short head against the government candidate, Foreign Secretary Eduard Kukan, who had been favoured in nearly all opinion polls, demoting him to third rank. At the time, however, the votes he won were lower in number by a third than those of Mečiar, who was therefore rated as the most likely winner of the second round. In both rounds, the turnout was extremely low, reaching no more than 47,94 percent in the first and 43,5 percent in the second round.

Initially, Gašparovič had been nominated by an alliance consisting of his own extraparliamentary 'Movement for Democracy' (HZD) as well as several other radical nationalist groups who were similarly not represented in parliament. Gašparovič's chances were unexpectedly boosted, however, when Smer, the liberal left party of Robert Fico, a popular young politician, appealed to its voters a few weeks before the

first round to support his candidature for the presidency.

All government-sponsored candidates failed in the first round. For this reason, the four parties of the centre-right government had appealed to their voters more or less directly to boycott the second round. Even so, Gašparovič probably benefitted most from voters that were close to the government in the second round. Slovakia has been a member of NATO since March 29, and will join the European Union on May 1.

Born on March 27, 1941, in the provincial town of Poltár, Ivan Gašparovič will assume office as President on June 15. While the President's duties are mostly representative in nature, he also has an important political role to play in times of governmental or parliamentary crisis. Under certain conditions, he may recall the Prime Minister and dissolve Parliament. Having served as President of Parliament from 1992 to 1998, Gašparovič was regarded for a long time as the closest political associate of Vladimír Mečiar, the controversial former Prime Minister who had led Slovakia on the way towards independence but also into international isolation because of his numerous scandals. It was for this reason that the EU was only prepared to enter into negotiations about the accession of Slovakia after Mečiar's coalition had been defeated in the elections of 1998, and there were similarly considerable reservations about Mečiar's government within NATO. Because of this, the country's adoption into the alliance was delayed, and the process was successfully revived only after Mečiar's cabinet had been followed by a government headed by Christian democratic Prime Minister Mikulas Dzurinda.

Together with the first round, a plebiscite was held on shortening the government's term of office and holding premature elections. However, the number of votes cast remained clearly below the requisite minimum of 50 percent of the electorate. In this respect, the boycott appeal of the conservative Dzurinda government was successful. At the same time, the constitutionality of the referendum had been in doubt from the first. At all events, there was general agreement that Parliament would not be bound by the outcome of the referendum.

■ Einleitung

In zwei jeweils eintägigen Wahlgängen am 3. und 17. April wählten die knapp 4,2 Millionen slowakischen Wahlberechtigten ein neues Staatsoberhaupt. Überraschungssieger wurde der frühere langjährige Parlamentspräsident Ivan Gašparovič. Beide Wahlgänge nahmen einen unvorhergesehenen Ausgang. Vor dem ersten Wahlgang am 3. April hatten nämlich fast alle Umfragen den Außenminister Eduard Kukan von der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda als klaren Favoriten ausgewiesen. Er landete aber mit knappem Rückstand hinter Gašparovič und weit hinter dem umstrittenen Ex-Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar nur auf dem dritten Platz und kam so nicht in die entscheidende Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten am 17. April. Für den zweiten Wahlgang galt dann Mečiar als klarer Favorit. Sieger wurde aber sein langjähriger politischer Weggefährte und frühere „Kronprinz“, Ivan Gašparovič. Dieser wird daher am 15. Juni sein Amt als erster slowakischer Präsident nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union antreten. Die Slowakei ist seit dem 29. März Mitglied der Nato und seit dem 1. Mai Mitglied der Europäischen Union. Nach dem von der Zentralen Wahlkommission am Sonntag, dem 18. April, verkündeten offiziellen Endergebnis erhielt Gašparovič im zweiten Wahlgang 1 079 592 Stimmen (59,9 Prozent der gültigen Stimmen). Mečiar kam nur auf 722 368 Stimmen (40,1 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei nur 43,5 Prozent. Im ersten Wahlgang hatte sie noch 47,94 Prozent betragen. Auch das war im Vergleich zu früheren Wahlgängen in der Slowakei eine äußerst geringe Beteiligung. (Die bisher höchste Wahlbeteiligung wurde bei den Parlamentswahlen 1998 mit rund 84 Prozent verzeichnet.) Gleichzeitig mit dem ersten Durchgang war auch ein Referendum über eine Verkürzung der Amtszeit der seit Herbst 2002 amtierenden Mitte-Rechts-Regierung aus vier Parteien und vorgezogene Neuwahlen abgehalten worden. Es verfehlte jedoch mit einer Stimmabteilung von nur 35,86 Prozent klar die zur Gültigkeit des Referendumsergebnisses erforderliche Beteiligung von mehr als 50 Prozent.

■ Ivan Gašparovič wird am 15. Juni sein Amt als erster slowakischer Präsident nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union antreten.
Die Slowakei ist seit dem 29. März Mitglied der Nato und seit dem 1. Mai Mitglied der Europäischen Union.

■ Porträt des zukünftigen Staatspräsidenten der Slowakischen Republik

Der am 27. März 1941 in der mittelslowakischen Provinzstadt Poltár geborene Ivan Gašparovič war 1968 der Kommunistischen Partei beigetreten, „um den Reformkurs von Alexander Dubček zu unterstützen“, wie er später auf seiner Wahl-Homepage erklärte. Ebenso wie sein Gegenkandidat, Vladimír Mečiar, wurde er aber bald danach wieder ausgeschlossen. Dennoch brachte er es noch vor der Wende zum Universitätsdozenten für Rechtswissenschaften an der Comenius-Universität in Bratislava. Nach der Wende machte er rasch auch politisch Karriere: 1990 bis 1992 Generalstaatsanwalt der Tschechoslowakei, dann gemeinsam mit Mečiar Staatsgründer der unabhängigen Slowakei und von 1992 bis 1998 slowakischer Parlamentspräsident. Erst als Mečiar ihn nicht mehr als Kandidat für die Parlamentswahlen 2002 nominierte, trennten sich die Wege der beiden. Gašparovič trat aus Mečiars Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) aus und gründete eine programmatisch bewusst an die HZDS angelehnte Gegenpartei namens Bewegung für Demokratie (HZD). Mit dieser scheiterte er aber an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste den Einzug ins Parlament.

Als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde Gašparovič zunächst von einem Bündnis aus seiner eigenen HZD und mehreren Fraktionen der extrem rechten Nationalisten. Dieses Parteienbündnis wäre aber wohl zu schwach gewesen, um dem politisch bereits weitgehend abgeschriebenen Kandidaten ein ausreichendes Wählerpotenzial zu sichern. Unerwarteten Aufwind erhielt Gašparovič aber, als wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang die derzeit in allen Umfragen führende linksliberal-populistische Partei *Smer* des Jungpolitikers Róbert Fico ihre Wähler zur Unterstützung seiner Präsidentschaftskandidatur aufrief. *Smer* hatte in den Jahren zuvor eher dem noch bis zum 15. Juni amtierenden Staatspräsidenten Rudolf Schuster nahe gestanden. Dieser hatte lange auf eine zumindest indirekte Unterstützung durch *Smer* gehofft. Trotz seines Bündnisses mit der extremen Rechten kam Gašparovič auch dem im Grunde sozialdemokratisch orientierten Wählerpotenzial des immer stärker auch nationalistisch auftretenden Fico

entgegen. Journalisten erklärte er kurz vor der Wahl, er sei eigentlich doch immer „eher links“ gewesen.

Zehn Jahre lang stand Gašparovič in der HZDS als „ewiger Kronprinz“ im Schatten von Parteichef Vladimír Mečiar. Dennoch sei er nie dessen Erfüllungsgehilfe gewesen, sondern habe ihm „oft und heftig widersprochen“, wenn auch nicht öffentlich, betonte er im Wahlkampf. Bis zur Wahlniederlage der Mečiar-Koalition 1998 bekleidete er als Parlamentspräsident eines der höchsten Ämter im Staat. Dass er diese Funktion auch während der vorübergehenden Entmachtung Mečiars nach einer Regierungskrise 1994 behielt, verwendete er im Wahlkampf wiederholt als Argument dafür, dass er stets besser als Mečiar hätte mit dem gegnerischen politischen Lager kommunizieren können. Dennoch kritisierte er Mečiar erst im Zusammenhang mit seinem Parteiaustritt 2002 wegen dessen „undemokratischer Parteiführung“. Bis dahin hatte er zumindest aus Sicht der Öffentlichkeit auch während aller Skandale der Mečiar-Ära konsequent an der Seite des Parteichefs gestanden. Das ist insofern bemerkenswert, als andere ehemalige Weggefährten Mečiars sich von diesem schon lange vorher losgesagt hatten. So war beispielsweise eine Parteispaltung der HZDS 1994 der Anlass für die vorübergehende Entmachtung Mečiars als Ministerpräsident. Und 1997 beispielsweise nahm der damalige Außenminister Pavol Hamžík die im Zuge eines international heftig kritisierten Referendums verstärkte Isolierung der Slowakei gegenüber Nato und EU zum Anlass für seinen Rücktritt und Parteiaustritt. Gašparovič war als Parlamentspräsident persönlich federführend, als die Parlamentsmehrheit der Mečiar-Koalition dem aus der HZDS ausgetretenen Abgeordneten František Gaulieder sein Parlamentsmandat aberkannte. Grund für die Mandatsaberkennung war damals ein angeblicher Brief Gaulieders, mit dem dieser „freiwillig“ auf sein Mandat verzichtet hatte – obwohl sich Gaulieder öffentlich von diesem Brief distanzierte. Dieses Vorgehen diente der EU als Nachweis „demokratiepolitischer Defizite“ der Slowakei. Diese sei für einen EU-Beitritt nicht bereit. Nachdem das slowakische Verfassungsgericht den Mandatsentzug für verfassungswidrig erklärt hatte, entschuldigte sich Gašparovič für seinen „Fehler“. Wiederholt wurde Gašparovič mit der umstrittenen

Zehn Jahre lang stand Gašparovič in der HZDS als „ewiger Kronprinz“ im Schatten von Parteichef Vladimír Mečiar. Dennoch sei er nie dessen Erfüllungsgehilfe gewesen, sondern habe ihm „oft und heftig widersprochen“, wenn auch nicht öffentlich, betonte er im Wahlkampf. Bis zur Wahlniederlage der Mečiar-Koalition 1998 bekleidete er als Parlamentspräsident eines der höchsten Ämter im Staat.

■ Wie im Wahlkampf angekündigt, trat Gašparovič nach seiner Wahl aus der von ihm gegründeten Partei Bewegung für Demokratie (HZD) aus. Er begründete diesen von der Verfassung nicht vorgeschriebenen Schritt damit, dass er ein überparteilicher Präsident sein wollte.

Privatisierung der Energiefirma Nafta Gbely in Verbindung gebracht. Er bestreitet aber bis heute, in diese oder andere in der Mečiar-Ära durchgeführten Privatisierungen von Staatsbetrieben zum Vorteil von HZDS-Günstlingen verwickelt gewesen zu sein. Der Nachweis des Gegenteils gelang den Kritikern nie.

Wie im Wahlkampf angekündigt, trat Gašparovič nach seiner Wahl aus der von ihm gegründeten Partei Bewegung für Demokratie (HZD) aus. Er begründete diesen von der Verfassung nicht vorgeschriebenen Schritt damit, dass er ein überparteilicher Präsident sein wollte. Sein unterlegener Gegenkandidat Vladimír Mečiar hatte demgegenüber stets betont, auch im Falle eines Wahlsieges Parteichef der HZDS bleiben zu wollen.

■ Die wichtigsten Kompetenzen des slowakischen Präsidenten

Die Rolle des slowakischen Staatspräsidenten ist inzwischen gegenüber der ursprünglichen Verfassung aus dem Jahr 1992 in wichtigen Punkten verändert worden. Zunächst war in der Verfassung geregelt, dass der Präsident durch eine Drei-Fünftel-Mehrheit der Parlamentsabgeordneten gewählt wird. Ein Patt zwischen Regierung und Opposition bewirkte aber, dass diese Mehrheit nach dem Ende der Amtszeit des ersten Staatspräsidenten, Michal Kováč, 1998 nicht mehr zustande kam, so dass die Slowakei mehr als ein Jahr ohne gewähltes Staatsoberhaupt war. Die präsidentalen Kompetenzen teilten sich damals der Ministerpräsident und der Parlamentspräsident. Zunächst waren das Mečiar und Gašparovič, nach der Parlamentswahl vom Herbst 1998 der neue christlich-demokratische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda und der von einer damals mitregierenden Linkspartei gestellte Parlamentspräsident Jozef Migaš.

Die gegenwärtigen Kompetenzen des Staatsoberhaupts erläuterten Verfassungsexperten zuletzt ausführlich gegenüber den Medien (Tageszeitung *Pravda* vom 15. April): Der Präsident unterzeichnet internationale Verträge. Ihr Aushandeln überlässt er jedoch der Regierung. Der Präsident unterschreibt Gesetze. Er kann sie auch aus formalen Gründen ablehnen. Dieses Veto kann das Parlament mit absoluter Stimmenmehrheit (76 der 150 Abgeordneten) überstimmen. Die derzeitige Regierungskoalition verfügt aber

schon seit Monaten nicht mehr über diese Mehrheit. Die einfache Mehrheit der anwesenden Abgeordneten genügt zwar prinzipiell für Gesetzesbeschlüsse, nicht aber, um ein Präsidentenveto zu überstimmen. Der Präsident kann unter bestimmten Bedingungen das Parlament auflösen und vorzeitige Neuwahlen verfügen. Das gilt beispielsweise dann, wenn das Parlament innerhalb von sechs Monaten nicht dem Regierungsprogramm zustimmt oder innerhalb von drei Monaten ein Gesetz nicht akzeptiert, dessen Abstimmung mit der Vertrauensfrage gegenüber der Regierung verbunden wurde. Dasselbe gilt, wenn das Parlament drei Monate lang nicht beschlussfähig war. Dem Präsidenten obliegt die Ernennung von Botschaftern nach Konsultation mit dem Außenminister. Auch die Ernennung des Ministerpräsidenten und der Minister erfolgt formal durch den Präsidenten. Ein Korrektiv bildet dabei aber die Notwendigkeit einer Parlamentsmehrheit für Gesetzesbeschlüsse. Der Präsident beruft den Ministerpräsidenten ab, wenn das Parlament diesem das Misstrauen ausspricht. Im Falle einer absoluten Parlamentsmehrheit der Regierung sind diese Kompetenzen eher formal. In besonderen Situationen, z.B. einem Regierungswechsel während der Legislaturperiode oder dem Fehlen einer absoluten Mehrheit im Parlament, kann ein persönlich starker Präsident jedoch entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen. Gašparovič vertrat im Wahlkampf wiederholt die – von Verfassungsjuristen angezweifelte – Ansicht, die Bedeutung des Staatsoberhaupts werde nach dem EU-Beitritt am 1. Mai auch dadurch steigen, dass Parlament und Regierung einen Teil ihrer Kompetenzen an die EU abtreten müssen und dadurch schwächer werden.

■ Der erste Wahldurchgang

Insgesamt elf Kandidaten standen im ersten Durchgang zur Wahl. Ein zwölfter (der von der mitregierenden liberalen Partei ANO nominierte Regionalvorsitzende der Region Bratislava, Ľubomír Roman) zog seine Kandidatur kurz vor der Wahl zurück. Nach einem von den Medien zumeist als „langweilig“ empfundenen Wahlkampf ergab sich folgendes Bild der Resultate:

■ Gašparovič vertrat im Wahlkampf wiederholt die – von Verfassungsjuristen angezweifelte – Ansicht, die Bedeutung des Staatsoberhaupts werde nach dem EU-Beitritt am 1. Mai auch dadurch steigen, dass Parlament und Regierung einen Teil ihrer Kompetenzen an die EU abtreten müssen und dadurch schwächer werden.

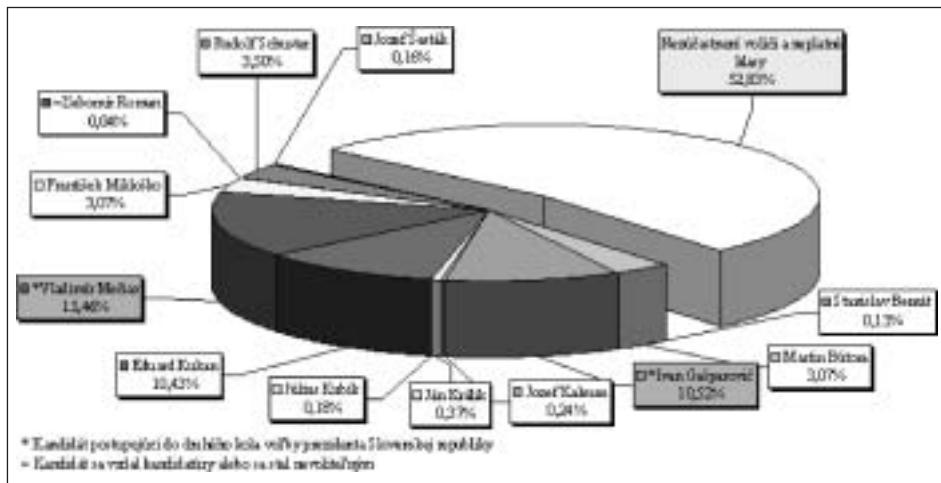
Kandidat	Stimmen	Prozent
Vladimír Mečiar	650242	32,73
Ivan Gašparovič	442564	22,28
Eduard Kukan	438920	22,09
Rudolf Schuster	147549	7,42
František Mikloško	129414	6,52
Martin Bútora	129387	6,51
Ján Králik	15873	0,79
Jozef Kalman	10221	0,51
Július Kubík	7734	0,38
Jozef Šesták	6785	0,34
Stanislav Bernát	5719	0,28

Auffallend war das überraschend geringe Wählerinteresse, das vor allem den Kandidaten der Regierungsparteien, Außenminister Eduard Kukan (SDKÚ) und František Mikloško (Christlich-Demokratische Bewegung – KDH), sowie dem ebenfalls regierungsnahen Bürgerkandidaten Martin Bútora schadete. Als größte Sensation werteten Beobachter, dass der von fast allen Umfragen als sicherer Favorit ausgewiesene Außenminister Eduard Kukan von der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda nur Dritter wurde und damit ausschied. Das enttäuschende Abschneiden von Amtsinhaber Rudolf Schuster war hingegen erwartet worden.

■ Als größte Sensation werteten Beobachter, dass der von fast allen Umfragen als sicherer Favorit ausgewiesene Außenminister Eduard Kukan von der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda nur Dritter wurde und damit ausschied. Das enttäuschende Abschneiden von Amtsinhaber Rudolf Schuster war hingegen erwartet worden.

Der spätere Sieger Gašparovič überraschte damals dadurch, dass er mit dem hauchdünnen Vorsprung von nicht einmal 0,2 Prozent (bzw. 3644 Stimmen) knapp den ursprünglichen Favoriten Kukan übertraf und dadurch überhaupt in die Stichwahl kam. Der im ersten Durchgang erfolgreichste Kandidat Vladimír Mečiar erzielte mit 32,73 Prozent noch um ein Drittel mehr Stimmen als Gašparovič (22,28 Prozent). Für den zweiten Wahlgang stand nach Ansicht von Experten schon angesichts dieses Ausgangs fest, dass

gerade das Verhalten der regierungsnahen Wähler für die Stichwahl zwischen den beiden Stimmenstärksten am 17. April entscheidend sein werde: Blieben sie der Wahl fern, würde Mečiar gewinnen, weil er wesentlich mehr Anhänger als Gašparovič hat. Dass Mečiar viel mehr Gegner als Anhänger hat, wird mit Blick auf die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 47,94 Prozent deutlich. Dies beweisen Daten des staatlichen Statistikamtes (www.statistics.sk). Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten (nicht der tatsächlichen Wähler) war Mečiars Anteil nämlich minimal und korrespondierte mit dem bei den Parlamentswahlen 2002, als es eine höhere Wahlbeteiligung gab (weiß = nicht abgegebene und ungültige Stimmen).



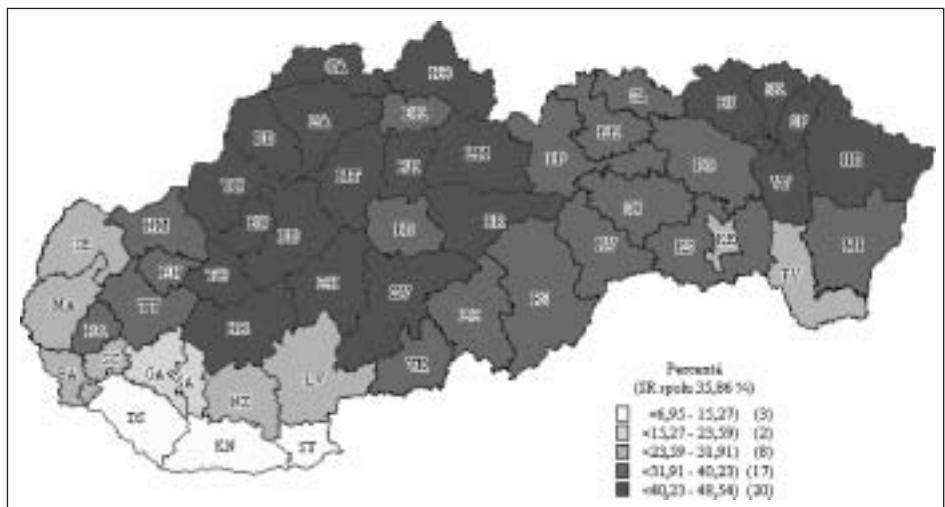
■ Umstrittenes Referendum

Ein gleichzeitig mit dem ersten Wahlgang abgehaltene Referendum zur Verkürzung der Amtszeit der Regierung und vorgezogene Neuwahlen verfehlte mit 35,86 Prozent klar die notwendige Beteiligung von mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten. Allein schon das Zustandekommen dieses vom Gewerkschaftsbund KOZ initiierten und von Teilen der Opposition unterstützten Referendums war umstritten. Auch war Staatspräsident Rudolf Schuster von Regierungspolitikern und Medien heftig dafür kritisiert worden, dass er beide Urnengänge an einem Termin zusammenlegte. Die Gewerkschaften und die linke

Oppositionspartei *Smer* hatten diese Zusammenlegung hingegen gefordert. Dadurch erhöhten sich die Chancen auf eine höhere Beteiligung am Referendum und somit die auf seine Gültigkeit. Schuster, der zuletzt die Regierung häufig wegen ihrer „unsozialen“ Politik kritisiert hatte, hoffte offensichtlich darauf, dass auch er von der Zusammenlegung profitieren könne. Dabei ging Schuster von der Annahme aus, dass die Referendumsteilnehmer für ihn als den Kandidaten stimmen würden, der dem sozial motivierten Anliegen des Referendums am ehesten zu entsprechen schien. Dass letztlich weder der Gewerkschaftsbund noch *Smer* ihre Referendumsaufrufe mit einer Wahlempfehlung zu Schusters Gunsten verbanden, sondern *Smer* sogar überraschend die Gašparovič-Kandidatur unterstützte, machte Schusters bis dahin noch realistische Chancen auf eine Wiederwahl zu nichts. Die Regierungsparteien hatten wiederum zu einem Boykott des Referendums aufgerufen. Dies und die Vermutung vieler regierungsnaher Wähler, Kukan werde angesichts seiner Umfragewerte *sowieso* gewinnen, erwies sich als fatale Fehlereinschätzung. Viele Regierungswähler dürften nämlich nicht nur dem Referendum, sondern gleich auch der Präsidentenwahl fern geblieben sein. Traditionell sind hingegen gerade die Mečiar-Anhänger sehr konsequente Wahlteilnehmer. Die niedrige Wahlbeteiligung hatte schon in früheren Wahlen Mečiar genutzt. Deshalb war es bis 2002 üblich gewesen, dass die Mečiar-Gegner in aufwendigen Kampagnen zu einer hohen Wahlbeteiligung aufgerufen hatten. Dieser Wahlgang war der erste, vor dem das nicht geschah. Abschreckend war für viele Wähler auch eine Reihe von Korruptions- und Geheimdienststaffären in Dzurindas Partei SDKÚ.

Erwartungsgemäß erzielte das Referendum in den traditionell oppositionsnahen ländlichen Regionen eine hohe, in den Regierungshochburgen hingegen eine niedrige Beteiligung, wie die folgende Grafik des Statistikamtes zeigt. Unterstützung erhielt die Regierungspolitik wie in früheren Wahlgängen vor allem im Großraum Bratislava (in der Grafik BA) und in anderen größeren Städten wie Košice (KE) sowie im von der ungarischen Minderheit bewohnten Süden des Landes und in den Randbezirken an der Grenze zu Österreich.

■ Beteiligung am Referendum nach Wahlkreisen (aus www.statistics.sk):



■ Reaktionen auf den ersten Wahldurchgang und das Referendum

Ein Teil der Koalitionspartner forderte nach dem Wahldebakel mehr oder weniger offen Dzurindas Rücktritt. Am deutlichsten äußerte sich Ľubomír Lintner, der Vizeparteichef der mitregierenden liberalen Partei Allianz des Neuen Bürgers (ANO). Er sprach unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse von einer „Ohrfeige für die Regierung, vor allem für Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda“. Der SDKÚ empfahl er, Kukan solle von Dzurinda die Führung von Partei und Regierung übernehmen, um der Koalition einen Neubeginn zu ermöglichen. Kukan war als Kandidat in der Kampagne wenig kritisiert worden. Auch seine Gegner attackierten in der Tendenz eher die (innenpolitische) Regierungsarbeit im Allgemeinen, mit der Kukan aber in der Öffentlichkeit kaum identifiziert wurde. Die einzige Kritik an Kukan persönlich betraf das Faktum, dass er seine Diplomatenkarriere schon im Sozialismus begonnen hatte, woraus seine Kritiker schlossen, dass er zwangsläufig Kontakte zum kommunistischen Geheimdienst gehabt haben müsse.

Béla Bugár, Parteichef der zweitgrößten Regierungspartei Partei der Ungarischen Koalition (SMK-MKP), hatte schon vor der Wahl offen erklärt, ein

Rücktritt Dzurindas würde die zuletzt konfliktreiche Regierungsarbeit „erleichtern“. Unmittelbar nach der Wahl gab er sich hingegen zurückhaltender und kritisierte lediglich, dass Dzurinda den Kandidaten Kukan „ohne Konsultation mit den Koalitionspartnern“ nominiert und damit eine gemeinsame Unterstützung durch alle Regierungsparteien verhindert habe. Die SMK hatte den von der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) nominierten Kandidaten František Mikloško unterstützt.

Die letzten Tage vor der Wahl waren von öffentlichen Spekulationen um eine Spendenaffäre der SDKÚ und Vorwürfen der Koalitionspartner überschattet gewesen, die SDKÚ instrumentalisierte gemeinsame Erfolge für sich allein. So hatte beispielsweise Parlamentspräsident Pavol Hrušovský von der mitregierenden Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) im letzten Augenblick seine Teilnahme an den offiziellen Feiern am 2. April zum NATO-Beitritt der Slowakei mit der Begründung abgesagt, die SDKÚ habe daraus am Vorabend der Präsidentenwahl eine reine Parteiveranstaltung gemacht.

In Bratislava wurde auch am Tag „nach dem Schock“ (so war es aus der Parteizentrale der regierenden SDKÚ zu hören) noch über die Ursachen des ärgerlichen Ergebnisses des ersten Wahlgangs spekuliert. Ohne Zweifel waren die Kandidaturen Butoras und Mikloskos für das Projekt einer Präsidentenkür Kukans kontraproduktiv. Insbesondere herrschte Unmut über die Tatsache, dass es nicht gelungen war, Kukan zum gemeinsamen Kandidaten der Koalitionsparteien zu bestimmen. Infolge der Unterstützung der Kandidatur Mikloskos durch KDH und SMK war es gelungen, zwei Politiker in die Stichwahl gelangen zu lassen, von denen keiner für eine der vier Koalitionsparteien akzeptabel war.

In der SDKÚ wurde jedoch auch selbstkritisch analysiert: Einerseits habe man die Kandidatur Kukans nicht mit dem gebotenen Nachdruck betrieben. Man sei sich der Sache – zumindest für den ersten Wahlgang – nach dem Ergebnis der Umfragen zu sicher gewesen. Zum zweiten hätte sich Premier Dzurinda mit den Koalitionspartnern besser absprechen müssen. Letztlich sei es auch angezeigt gewesen, mehr Koalitionsdisziplin einzufordern. Schließlich habe die größte Regierungspartei, SDKU, auch den

KDH-Kandidaten für die Europäische Kommission, Jan Figel, mitgetragen.

Der überraschende Zweitplatzierte der Präsidentenwahl, Ivan Gašparovič, erklärte in ersten Fernseh-interviews hingegen, die „teure Megakampagne“ sei Hauptgrund dafür gewesen, dass Wahlfavorit Eduard Kukan knapp weniger Stimmen als er erreicht habe. Eine so teure Kampagne schrecke in Zeiten von Sparprogrammen eher ab, als dass sie Sympathien wecke. Indirekt empfahl er sich den Mečiar-Gegnern als kleineres Übel für den zweiten Wahlgang.

■ Zweiter Wahlgang

Der zweite Wahlgang am Samstag, dem 17. April, endete mit einer neuerlichen Überraschung. Nicht der nach dem ersten Wahlgang führende Ex-Ministerpräsident Vladimír Mečiar, sondern sein ehemaliger Paladin, Ex-Parlamentspräsident Ivan Gašparovič, wird erster slowakischer Präsident nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union am 1. Mai.

Besonders umstritten war die direkte (KDH, ANO) bzw. indirekte (SDKÚ, SMK) Empfehlung der vier Regierungsparteien an ihre Wähler, dem zweiten Wahlgang fern zu bleiben, weil beide Kandidaten aufgrund ihrer gemeinsamen Vergangenheit gleichermaßen inakzeptabel seien. Kritiker warfen den Koalitionspolitikern vor, damit einen Wahlsieg Mečiars ermöglichen zu wollen. Dass dies auf einer schlüssigen Überlegung basieren könnte, schien schwer von der Hand zu weisen: Während nämlich Mečiar als Symbol für ein internationales Negativ-image der Slowakei gilt, ist Gašparovič international kaum bekannt und konnte daher als der „harmlosere“ Kandidat für das ohnehin durch diesen Wahlausgang nicht gerade geförderte slowakische Auslandsimage gelten. Andererseits muss ihn die Regierungskoalition aus drei christdemokratischen und einer liberalen Partei mehr als Mečiar fürchten. Während sich nämlich Mečiar schon seit Monaten als willfähriger Erfüllungsgehilfe der Regierung anbietet, um aus seiner bisherigen Isolierung heraus zu kommen und als potenzieller politischer Partner akzeptiert zu werden, muss sich Gašparovič dessen bewusst sein, dass er ohne die Wahlempfehlung der Partei *Smer* von Robert Fico wohl keine Chance gehabt hätte. Für die Koalition ist aber gerade der populäre Fico mit seiner

■ Der zweite Wahlgang am Samstag, dem 17. April, endete mit einer neuerlichen Überraschung. Nicht der nach dem ersten Wahlgang führende Ex-Ministerpräsident Vladimír Mečiar, sondern sein ehemaliger Paladin, Ex-Parlamentspräsident Ivan Gašparovič, wird erster slowakischer Präsident nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union am 1. Mai.

in allen Umfragen führenden Partei *Smer* eine ernsthaftere Gefahr als Vladimír Mečiar, der politisch nur mehr ein Schatten seiner selbst ist. Dass eine niedrige Wahlbeteiligung eher Mečiar als Gašparovič nützen sollte, hatte schon der erste Durchgang nahe gelegt. Daher machten die neuerlichen Boykottaufrufe von Regierungspolitikern Mečiar zum Favoriten des zweiten Wahlgangs.

Offensichtlich hielt sich aber ein ausreichender Teil der regierungsnahen Wähler nicht an solche Boykottaufrufe, sondern nahm an der Wahl teil. Es galt, Mečiar zu verhindern. Dies war offensichtlich ein wichtiges Motiv, dennoch an der Wahl teilzunehmen. Beleg dafür ist auch die regional unterschiedliche Wahlbeteiligung. In den traditionellen Zentren der Mečiar-Gegner blieb die Wahlbeteiligung trotz des Ausfalls ihrer Kandidaten im ersten Wahlgang relativ hoch. Das Trauma der jahrelangen internationalen Stigmatisierung der ganzen Nation wurde offensichtlich auch von den Wählern mit der Symbolfigur Mečiar weit mehr als mit Gašparovič verbunden. Auffallend war weiterhin, dass sich am ersten Wahlgang mehr junge Leute beteiligten. Diese Wählergruppe zählte schon immer überwiegend zu den Mečiar-Gegnern, während viele von den neoliberalen Reformen der Regierung verunsicherte Ältere traditionell mit Mečiar sympathisieren.

■ Regionale Besonderheiten der beiden Wahlgänge

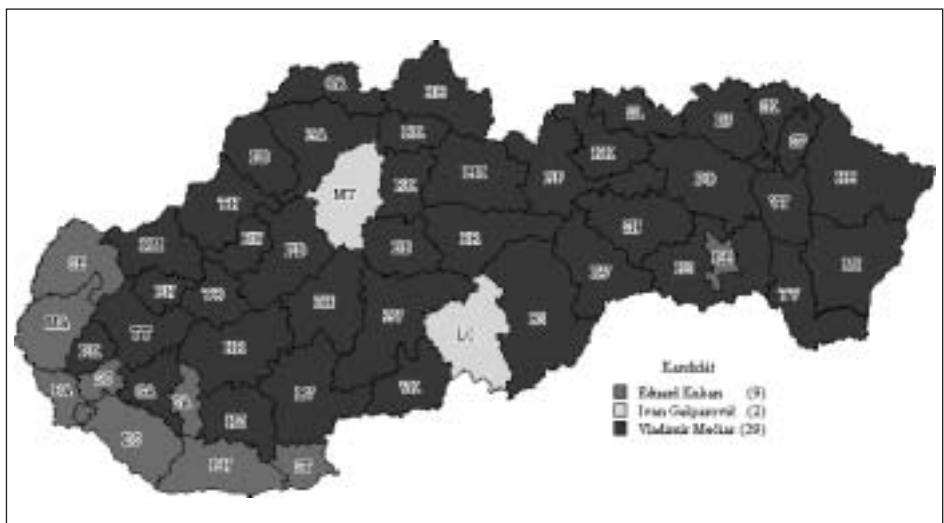
■ Im ersten Wahlgang am 3. April hatte Mečiar noch in allen Regionen außer Bratislava gewonnen. Gašparovič hingegen war auch deshalb Außenseiter, weil er außer in seinem Heimatwahlkreis Lučenec, zu dem sein Heimatort Poltár gehört, nur in einem einzigen weiteren Wahlkreis (Martin) stimmenstärkster Kandidat wurde.

Im ersten Wahlgang am 3. April hatte Mečiar noch in allen Regionen außer Bratislava gewonnen, wie die Grafik verdeutlicht. Gašparovič hingegen war auch deshalb Außenseiter, weil er außer in seinem Heimatwahlkreis Lučenec, zu dem sein Heimatort Poltár gehört, nur in einem einzigen weiteren Wahlkreis (Martin) stimmenstärkster Kandidat wurde.

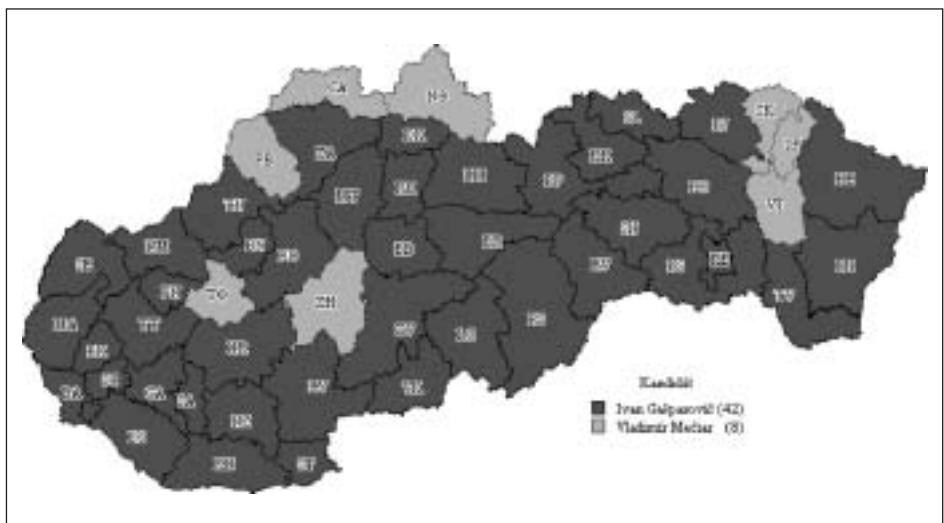
Im zweiten Wahlgang vereinigte er aber fast zur Gänze die Stimmen der Mečiar-Gegner auf sich, sodass Mečiar nur in acht der insgesamt fünfzig Wahlkreise gewann. Das zeigt die diesbezügliche Grafik deutlich.

Dass es vor allem die Mečiar-Gegner und nicht seine eigenen Sympathisanten waren, die für Gašparovič den Ausschlag gaben, wird bei einem Vergleich der Abstimmungsergebnisse zwischen dem ersten

■ Erster Wahlgang am 3. April: Kandidaten nach Wahlkreisen

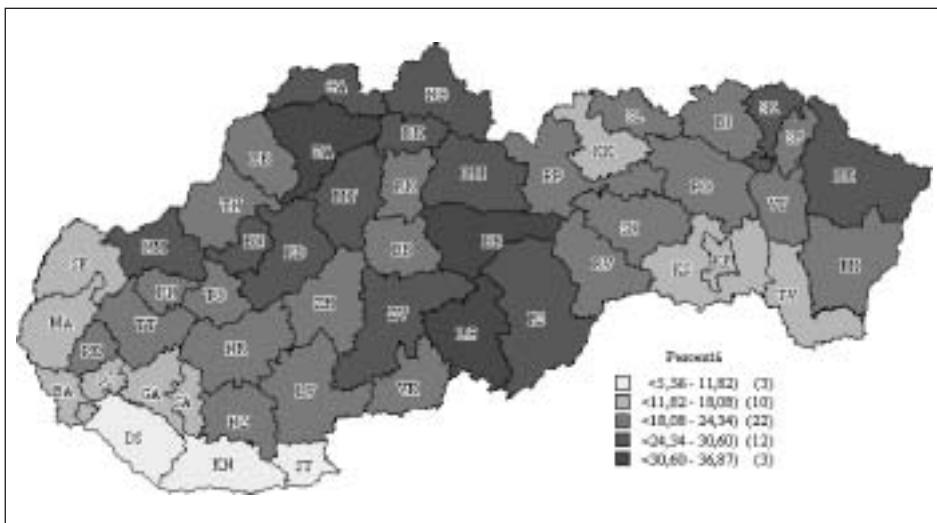


■ Wahlsieger nach Wahlkreisen im zweiten Wahlgang am 17. April:

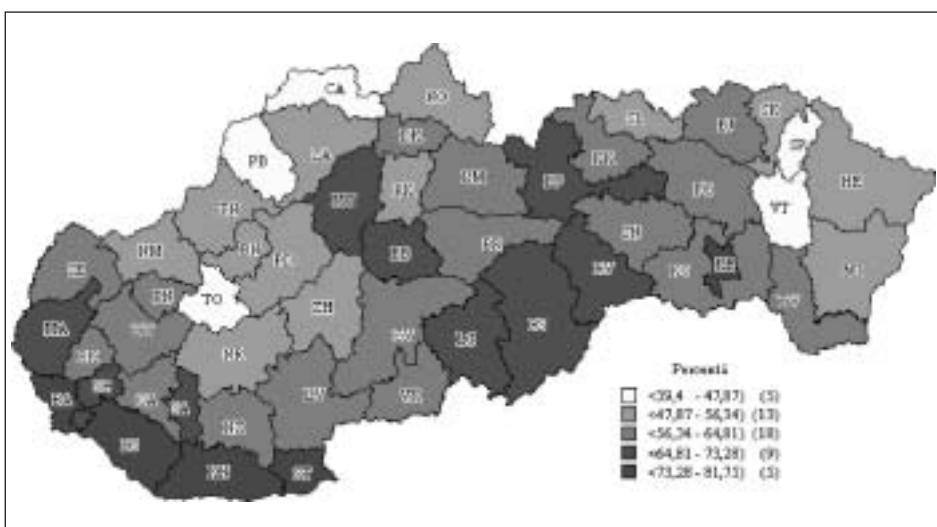


und zweiten Wahlgang deutlich. Während Mečiar im zweiten Wahlgang gegenüber dem ersten nur minimal Stimmen hinzugewann, wuchs der Anteil von Gašparovič beachtlich. Am dramatischsten waren seine Stimmengewinne in jenen Wahlkreisen, in denen im ersten Wahlgang beide spätere Stichwahlkandidaten schwach waren, weil dort vor allem dritte Kandidaten gepunktet hatten. Die folgenden beiden Grafiken zeigen die Stimmenzuwächse von Ivan Gašparovič.

**I Stimmenanteile für Ivan Gašparovič im ersten Wahlgang
am 3. April nach Wahlkreisen:**



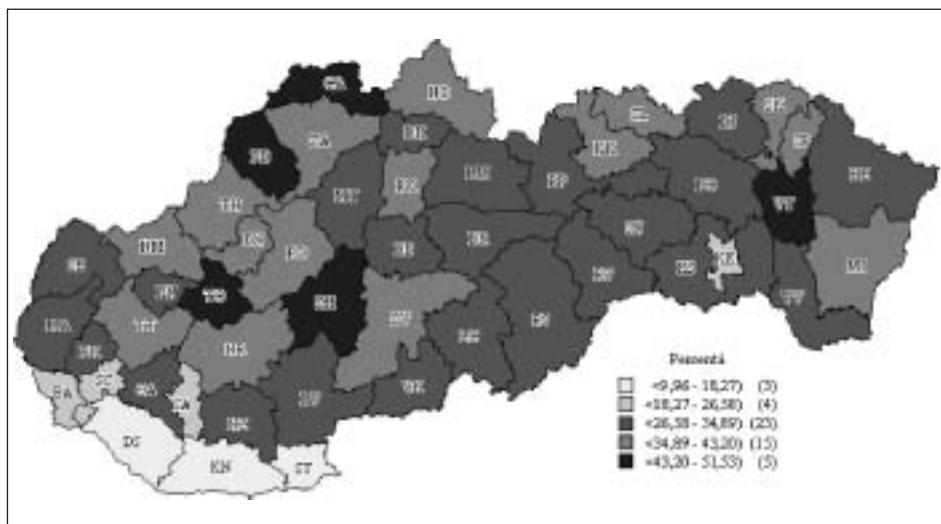
**II Stimmenanteile für Ivan Gašparovič im zweiten Wahlgang
am 17. April nach Wahlkreisen:**



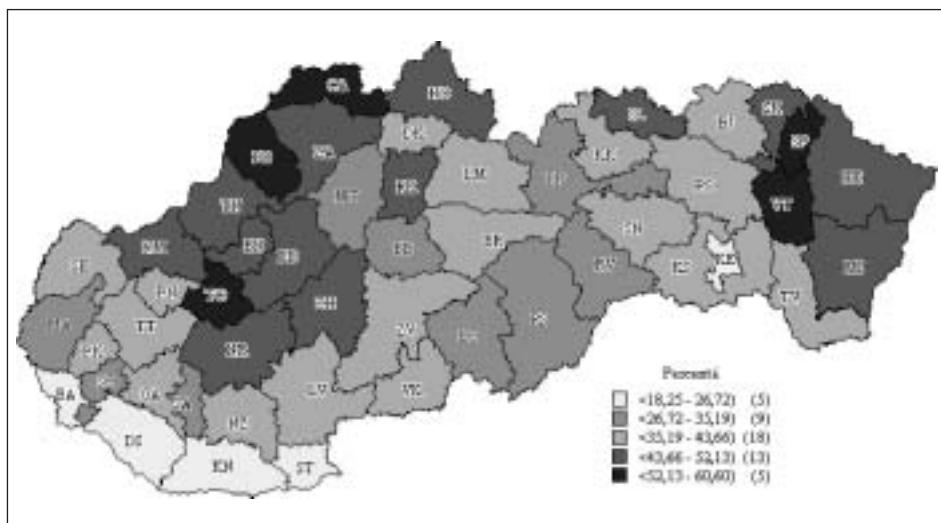
Während Gašparovič also alle Bezirke hinzugewann, in denen im ersten Wahlgang Favorit Kukan reüssiert hatte und auch dort große Stimmenzugewinne erzielte, wo im ersten Wahlgang beide Kandidaten schwach abschnitten, blieben Mečiars Hochburgen und schwache Regionen kaum verändert: Der Ex-Ministerpräsident war anders als Gašparovič auch im zweiten Wahlgang nur in den Wahlbezirken stark, in

denen er schon im ersten Durchgang besonders hohe Stimmenanteile verzeichnete. Die beiden folgenden Grafiken verdeutlichen dies.

I Stimmenanteile Vladimír Mečiars im ersten Wahlgang am 3. April nach Wahlkreisen:

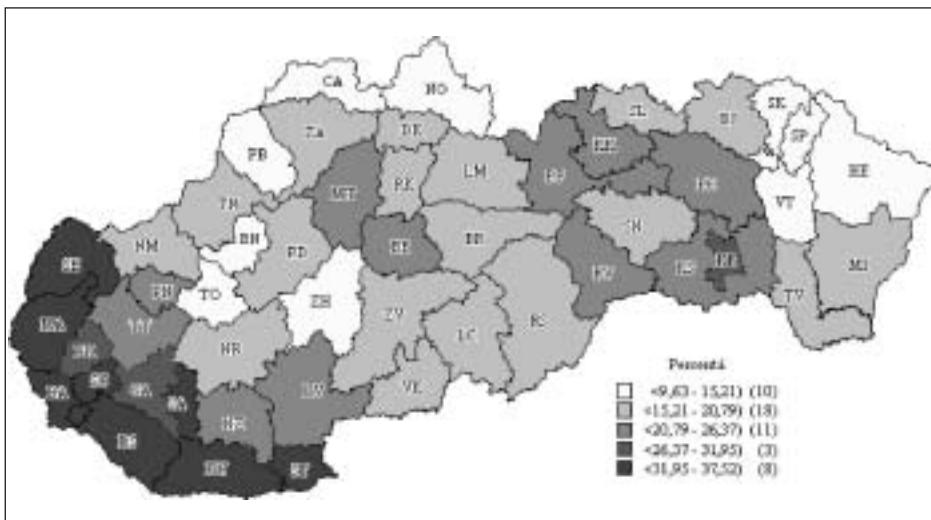


II Stimmenanteile Vladimír Mečiars im zweiten Wahlgang am 17. April nach Wahlkreisen:

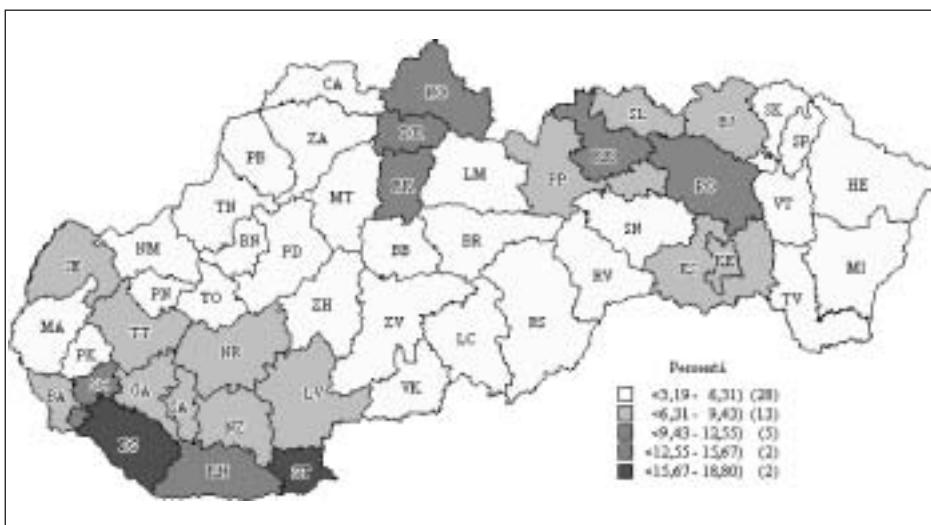


Erwartungsgemäß „spiegelverkehrt“ in Relation zu Mečiars Hochburgen bilden die folgenden Karten demgegenüber die regionale Verteilung der Ergebnisse der drei regierungsnahen Kandidaten ab.

I Stimmenanteile Eduard Kukans im ersten Wahlgang am 3. April nach Wahlkreisen:

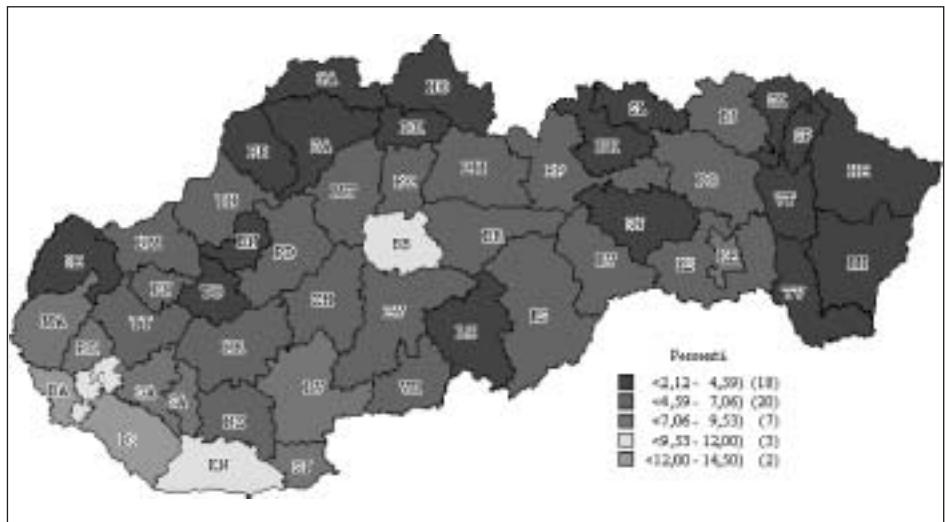


II Stimmenanteile František Mikloškos im ersten Wahlgang am 3. April nach Wahlkreisen:



Der Vergleich der Ergebnisse Kukans, Mikloškos und Bútoras verdeutlicht das Dilemma der bürgerlichen Kandidaten: Vor allem Kukan und Bútora nahmen sich gegenseitig Stimmen weg. Das ist natürlich vor allem wichtig, weil Kukan eine nur sehr geringe Stimmenzahl fehlte, um statt Gašparovič in die Stichwahl zu gelangen.

I Stimmanteile Martin Bútoras im ersten Wahlgang am 3. April nach Wahlkreisen:

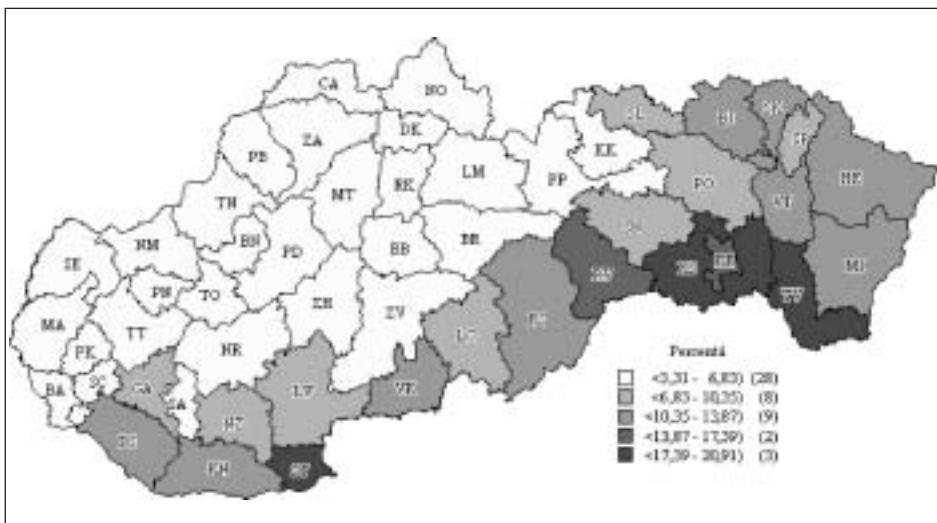


In den Gebieten der ungarischen Minderheit, vor allem in der Südostslowakei, schnitten alle drei regierungsnahen Kandidaten gut ab. Dort war die Angst vor einer Rückkehr Mečiars an die Macht besonders groß. Der Parteichef der Ungarn-Partei SMK-MKP, Béla Bugár, sprach daher nicht zufällig nach der Wahl auch davon, dass „die Angst vor Mečiar“ die Wahlen entschieden habe.

Ein deutliches Gefälle besteht offensichtlich zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Während Kukan und Bútora außer in den ungarischen Gebieten besonders in den städtischen Zentren um Bratislava (BA) und Košice (KE) erfolgreich waren, bestätigten die relativen Erfolge von František Mikloško in der Nordslowakei, dass die KDH, deren Kandidat Mikloško war, auch in den sonst von der HZDS dominierten ländlichen Regionen über Hochburgen verfügt. Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch im Hinblick auf das Ergebnis des noch amtierenden Staatspräsidenten Rudolf Schuster. Er ist noch immer bei vielen ungarischen Wählern beliebt, die den gesamten Südstreifen des Landes bewohnen, und hat seine größte Anhängerschaft in seiner Heimatregion, der Ostslowakei. Überlappungen mit den bürgerlichen Kandidaten gab es daher kaum. Das macht die folgende Karte auffallend deutlich. Sie zeigt auch, dass Schuster in weiten Teilen des Landes als Kandi-

dat kaum mehr registriert wurde, sondern im Rahmen des Lagerkampfes der Regierungsanhänger gegen die Mečiar-Anhänger keine relevante Rolle spielte.

■ Stimmenanteile Rudolf Schusters im ersten Wahlgang am 3. April nach Wahlkreisen:



■ Konsequenzen für die Stabilität der Regierung und das internationale Image der Slowakei

Ministerpräsident und SDKÚ-Vorsitzender Mikuláš Dzurinda hatte nach dem ersten Wahlgang in erster Linie das Scheitern des gegen die Regierung gerichteten Referendums als „Erfolg“ bezeichnet. Zugleich verbarg er aber auch nicht seine Enttäuschung über die unerwartete Niederlage seines Kandidaten Eduard Kukan. Am zweiten Wahlgang hatte er persönlich ebenso wie fast alle anderen Regierungsmitglieder nicht teilgenommen. Dementsprechend vorsichtig reagierte er daher auf das überraschende Wahlresultat des zweiten Durchgangs. Dem Wahlsieger Ivan Gašparovič gratulierte er in einer ersten Stellungnahme in betont förmlichen Worten: Er wünsche ihm, „dass er immer im Einklang mit der Verfassung und zum Wohl der Bürger wirken möge“. Außerdem wolle er seine „Zufriedenheit darüber ausdrücken“, dass die demokratischen Institutionen des Landes inzwischen so reibungslos funktionierten, „dass sie eine glatte Amtsübergabe ermöglichen“.

Medien und Politologen hatten vor der Stichwahl immer wieder darüber spekuliert, dass die vom christlich-liberalen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda geführte Mitte-Rechts-Regierung eine Instrumentalisierung Gašparovič durch Fico befürchtete und daher Mečiar insgeheim als das für sie kleinere Übel betrachte. Mečiar gilt im Unterschied zu dem unbekannten Gašparovič als international diskreditiert. Mečiar könnte daher eher zur Kooperation mit der Regierung geneigt sein, um mit ihrer Hilfe doch eine allmähliche internationale Akzeptanz oder gar Rehabilitierung zu erreichen. In diese Richtung war auch die teils direkte, teils indirekte Empfehlung der Regierungsparteien an ihre Wähler gedeutet worden, sie sollten am zweiten Wahlgang nicht teilnehmen, „weil beide Kandidaten die gleiche Vergangenheit hatten und daher in gleicher Weise inakzeptabel“ seien. Es galt, wie schon erwähnt, seit Jahren immer als Faustregel für Wahlprognosen und -analysen, dass Mečiar wegen seines hohen Anteils an disziplinierten Stammwählern besonders stark von einer niedrigen Wahlbeteiligung profitiere, so dass er von der Empfehlung der Regierungsparteien begünstigt werde. Offensichtlich ließen sich aber viel weniger Regierungsanhänger als erwartet von solchen Empfehlungen beeinflussen, sondern gingen in Scharen zu den Urnen, um „gegen Mečiar“ zu stimmen, ohne dass dieser viele zusätzliche Wähler mobilisieren konnte.

Der Ministerpräsident und Parteichef der größten Regierungspartei Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ), Mikuláš Dzurinda, widersprach aber in einer Pressekonferenz am Sonntag der Einschätzung von Analysten, das Ergebnis der Präsidentenwahl könne die Mitte-Rechts-Regierung schwächen. „Die Reformen werden weiter gehen und die politische Situation ist nach dieser Wahl möglicherweise sogar stabiler als zuvor“, erklärte er. Der Parlamentspräsident und Parteivorsitzende der konservativen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH), Pavol Hrušovský, interpretierte das Wahlergebnis vor allem als „endgültige Niederlage Mečiars“ und deutete damit an, dass ein internationaler Imageschaden durch Mečiar als Staatsoberhaupt vermieden worden sei. Slowakische Medien nahmen dennoch mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der EU-Kommissionspräsident mehrere Tage verstreichen

■ Der Ministerpräsident und Parteichef der größten Regierungspartei Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ), Mikuláš Dzurinda, widersprach in einer Pressekonferenz am Sonntag der Einschätzung von Analysten, das Ergebnis der Präsidentenwahl könne die Mitte-Rechts-Regierung schwächen. „Die Reformen werden weiter gehen und die politische Situation ist nach dieser Wahl möglicherweise sogar stabiler als zuvor“, erklärte er.

ließ, ehe er das nach solchen Wahlen übliche Glückwunschtelegramm sandte.

Gašparovič zeigte sich zunächst der Regierung gegenüber kooperationsbereit. Er betonte ausdrücklich, eine Ablösung der Regierung und vorzeitige Neuwahlen seien kein Thema mehr, weil das diesbezügliche Referendum gescheitert sei. Schon am Montag nach der Wahl kritisierte er aber auch die Regierungsparteien öffentlich: Deren wirtschaftsliberale Reformen seien unsozial. Das christliche Prinzip der Solidarität sei vergessen worden. Er bezog sich damit darauf, dass drei der vier Regierungsparteien christdemokratisch orientiert sind und ließ zumindest im Ansatz erkennen, dass er weiter Sympathien für das Oppositionslager hegt. Dzurinda reagierte auf diese Kritik im Fernsehen mit den Worten: „Ich traue mir zu, Herrn Gašparovič alle Schritte der Regierung und deren Notwendigkeit erklären zu können.“ Als Gesprächsangebot könnte hingegen die Erklärung des künftigen Präsidenten gedeutet werden, es könne nicht „drei separate Außenpolitiken“ von Premier, Parlament und Präsident geben, sondern es sei immer ein außenpolitischer Konsens notwendig.

Internationale Investoren scheinen die Wahl von Gašparovič als positives Signal für eine Fortsetzung der liberalen Reformen aufzufassen. Das bewies der leichte Anstieg des Kurses der Landeswährung nach der Wahl. Für die Regierung lässt sich vorerst noch schwer einschätzen, wie eng der künftige Präsident mit Oppositionsführer Róbert Fico zusammenarbeiten wird. Gašparovič ist der Kandidat des linkspopulistischen Oppositionsführers. Insbesondere in der slowakischen Wirtschaft befürchtet man, dass die Wahl Gašparovičs den liberalen Wirtschaftsreformprozess der Regierung Dzurinda bremsen könnte. Fico kritisiert die wirtschaftsliberale Ausrichtung der Regierung Dzurinda massiv und gibt sich als Vertreter und Anwalt der „kleinen Leute“. Gašparovič, der ohne die Wahlempfehlung Ficos nicht im Ansatz ein ähnliches Ergebnis hätte erzielen können, steht in Ficos Schuld. Die Befürchtung, dass Fico das Präsidialamt zur Durchsetzung seiner Oppositionspolitik instrumentalisieren könnte, ist nachvollziehbar. Die Slowakei, die in Europa schon als Fallbeispiel für das Greifen von radikalliberalen Wirtschaftsreformen studiert wird, könnte politisch gelähmt werden. Die

■ Internationale Investoren scheinen die Wahl von Gašparovič als positives Signal für eine Fortsetzung der liberalen Reformen aufzufassen. Das bewies der leichte Anstieg des Kurses der Landeswährung nach der Wahl.

Fallstudie wäre beendet, bevor sich Resultate einstellen. Die Bevölkerung wartet dringend auf die versprochene Verbesserung der Lebensumstände. Jede noch so kleine Verzögerung verstärkt den Unmut über die Regierungspolitik, und: *sie erhöht die Chancen Ficos, aus den nächsten Parlamentswahlen als Sieger hervorzugehen. Darauf setzt der populäre Oppositionsführer.*

Ein Warnsignal ist für die SDKU seit langem, dass die Fico-Partei *Smer* in allen Umfragen deutlich führt und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni mit einem Triumph rechnen kann. Für Mečiars HZDS weisen die letzten Umfragen zwar auch noch einen Aufwärtstrend als zweitstärkste Partei aus. Dies dürfte aber vor allem auf die starke mediale Präsenz Mečiars als Folge seiner Präsidentschaftskandidatur zurückzuführen sein. Nach seiner Wahlniederlage und einer sich schon abzeichnenden innerparteilichen Revolte dürften die HZDS-Umfragewerte eher wieder fallen.

Ausländische Spitzenpolitiker vermieden eine Reaktion auf das Wahlergebnis weitgehend. Die Medien des Auslands wiesen zumeist darauf hin, dass Gašparovič Mečiars langjähriger politischer Weggefährte war, aber international weniger diskreditiert ist.

Den in letzter Zeit in Deutschland lauter werdenen Stimmen, die eine Direktwahl des Bundespräsidenten fordern, sollte die Präsidentschaftswahl in der Slowakei 2004 ein abschreckendes Beispiel sein.

■ Quellen nachweis

Tabelle: Thanei, nach Zahlen der Zentralen Wahlkommission.

Grafiken: Alle Grafiken stammen aus der Internetseite des Slowakischen Statistikamtes (www.statistics.sk).

Das Manuskript wurde am 23. April 2004 abgeschlossen.